

der Auslieferungsliste der Entente zugestimmt habe. (Das ist doch selbstverständlich! D. Schriftst.)

„Dass“ meldet weiter, daß dem französischen Botschafter die erforderlichen Vollmachten zur Entgegennahme der Schulden übertragen worden sind. Der „Temps“ veröffentlichte am Donnerstag früh die Ankündigung gegen die zur Aburteilung geforderten Deutschen. Bei Hindenburg und Ludendorff lautet die Anklage auf Anstiftung Sachbeschädigung, Bländertum und Tötung von Zivilpersonen, bei Bethmann-Dollweg und Tirpitz auf Anstiftung zu Verbrechen des Krieges und auf Verletzung von Handelschiffen, bei den meisten deutschen Generalen auf Anstiftung zur Ermordung der Landbevölkerung in Frankreich und Belgien, auf Verletzung von Lazaretten und Krankenhäusern und auf Deportation von Zivilpersonen. Generallieutenant Hindenburg sind mehr als 10 und gegen Ludendorff mehr als 20 Anklagen gestellt.

Aus der Liste.

Frankreich fordert etwa 345 Personen. Etwas weniger, aber ungefähr ebensoviel, fordert Belgien. England hat circa 75 Namen genannt; in den 2/3 teilen sich Italien, Polen, die Tschechoslowaken und der südafrikanische Staat. Amerika und Japan haben keine Namen genannt. Infolge der Versäumnisse und Unannehmlichkeiten bei der Namensübergabe läßt sich in vielen Fällen einrichten nicht sagen, welche Personen eigentlich gemeint sind. Wenn zum Beispiel der Name „Doffmann“ in der Liste und dahinter der Name „Vol.“ steht, so kann man wohl annehmen, daß es sich um den General Doffmann handelt, aber sicher ist das nicht. Ähnlich liegt es bei vielen anderen Namen. Die Auslieferungsliste nennt auch den Namen Reinhard (Frankreich). Es handelt sich dabei um den früheren Kriegsminister General Reinhard, der als Major, Oberleutnant und Oberst in Frankreich im Felde stand. Auch der bayerische Minister Auer ist genannt, der seinerzeit im französischen Besatzungsgebiet als militärischer Unteroffizier beteiligt war mit dem Abbruch industrieller Anlagen und der Inhaftierung ihrer Teile beschäftigt gewesen sein soll.

Eine Beispiel-Nennung besagt, daß der frühere deutsche Reichsanwalt v. Bethmann-Dollweg für die Deportationen und die aktivistische Politik, die als ein Angriff auf die belgischen Souveränitätsrechte betrachtet wird, verantwortlich gemacht werde. Deshalb sei auch die Auslieferung von Bethmanns gefordert worden.

Die Liste enthält auch eine ganze Reihe von türkischen Würdenträgern: Gouverneur Kascha, Diemal Kascha, Kasch Kascha, Talaat Kascha.

Die Auslieferung des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen, die von den Feinden gefordert wird, erregt in Dresden lebhaftes Verwundern. Denn der Prinz hat niemals irgend eine Rolle gespielt und es ist unser Wissen nach nur bis zum Oberleutnant vorwärts gekommen. Er wird aber, wie wir hören, sofort Schritte unternommen werden, um die Anwesenheit zu klären. Vorläufige Persönlichkeiten finden sich übrigens in der Auslieferungsliste, soweit man bisher zu sehen vermag, nur noch zwei Offiziere, der General v. d. Planitz und Graf Wittmann von Schödt. Auch ihre angeblichen Missetaten sind gänzlich unbekannt.

Warum gerade der Großherzog von Hessen? In der Nachricht, daß auch der Großherzog von Hessen angeklagt werden soll, schreibt die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“: Der Mann war während des Krieges ein einziges Mal in Frankreich, wo er den Soldaten Zutritt in die Keller stellte. Er war ein entschiedener Gegner der alldeutschen Politik und hat sich über keine Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Anzunehmen dieser gutmütige von den heillos unbedeutenden 21 Landesherren, mit denen Deutschland, vom Kaiser abgesehen, bis zur Revolution gekannt war, ist der einzige der ehemaligen Landesherren, der auf der Liste steht, die der Sozialdemokrat beschriebene Elemente in Entgeltung zum Tode gebracht werden.

Auch Tote werden vor das Tribunal gebracht. Für die Überprüfbarkeit, mit der die Auslieferungsliste der Entente zusammengestellt ist, zeugt nicht nur das oben erwähnte und ähnliche Vorkommen desselben Namens, auch wenn die Auslieferung von dem gleichen Lande verlangt wird, sondern weiter, daß hervorragende Persönlichkeiten, deren Tod auch im Auslande bekannt geworden sein muß, vor dem Entgeltgericht gefordert werden. So verlangt Frankreich die Auslieferung des Generals Fritz von Below und des alten Venerablenfeldmarschalls Grafen Kehler, England die des Admirals von Ingenohl, Belgien die des Hauptmanns Golen von der Masch, Adjutanten der Kronprinz. Alle diese Offiziere sind längst tot.

Tresden, 7. Februar.

Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß etwa 25 persönliche Freigangsbefehle unter den Auslieferungslisten auf der jetzt bekannt gewordenen Liste mit genannt sein könnten, zu denen auch Mannschaften des Grenadier-Reg. Nr. 16 gehören sollen. Es ist auch noch nicht bekannt, ob mit dem auf der Auslieferungsliste erwähnten Prinz Ernst von Sachsen der dritte Sohn unseres Königs, Prinz Ernst Heinrich gemeint ist, in welche Annahme allerdings nicht viel Wahrscheinlichkeit vorliegt. Jedenfalls wird sich erst, nachdem die Liste vollständig überliefert worden sein wird, entscheiden lassen, inwieweit sämtliche Staatsangehörige oder Angehörige des sächsischen Truppenkorps in erstes zur Auslieferung angefordert werden.

Der Standpunkt der Regierung unverändert.

Reichsfinanzminister Erzberger hat auf ein ihm aus Parteifreunden zugegangenes Telegramm sich auf das Bestimmte über die völlige Unmöglichkeit der Auslieferung auch nur eines Deutschen an die kaiserliche Kasse der Entente ausgesprochen und hinzugefügt: „So wie ich denke und handelt die ganze Regierung in völliger Übereinstimmung mit dem Willen unseres Volkes.“

Berlin, 7. Februar.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat der deutsche Geschäftsträger in Paris, Minister Dr. Rader, es ebenso wie Herr von Bernstorff abgelehnt die Auslieferungsliste entgegenzunehmen. Daraus erklärt sich auch sein Verbleiben in Berlin. Man nimmt nicht an, daß aus dieser Weigerung besondere Schwierigkeiten entstehen, da die Note durch Kurier nach Berlin gebracht werden soll. Das Kabinett ist dauernd mit Beratungen über die Lage beschäftigt, will aber keinen endgültigen Beschluß fassen, ehe es nicht mit den Fraktionsführern beraten hat. Die Nationalversammlung soll Mitte nächster Woche zusammentreten.

In Regierungskreisen erwartet man die angekündigte Ueberreichung der offiziellen Auslieferungsliste und des Begleitschreibens durch den französischen Geschäftsträger in Berlin, Herrn von Martini, erst im Laufe des heutigen Tages, frühestens gestern abend. Im Gegenfall zu obiger Mitteilung wird von anderer Seite gemeldet, daß die Ueberreichung bereits im Laufe des gestrigen Tages erfolgt würde. Man nimmt an, daß Abänderungen zu Deutschlands Ungunsten erfolgt seien, insofern, als das Auslieferungsbefehl in noch bestimmtere Form gehalten sei und Strafvorschriften in Aussicht stelle.

Fraktionsführungen.

Berlin, 7. Februar.

Der interfraktionelle Ausschuss ist vom Reichsanwalt für heute mittags 4 Uhr einberufen worden. Um 6 Uhr werden dann die Fraktionsführer zu Besprechungen zusammenkommen. Inzwischen haben Besprechungen innerhalb einzelner Parteien statt. Die Sozialdemokraten haben ihre Abgeordneten, wie schon gemeldet, auf Montag 19 Uhr vormittags zu einer Sitzung einberufen. Auch die übrigen Fraktionen werden ihre Mitglieder Montag oder Dienstag versammeln.

Italien will vermitteln?

Wien, 7. Februar.

Von informierter italienischer Seite in Wien wird erklärt, Italien könnte in der Auslieferungsliste keinen anderen Standpunkt einnehmen als die übrigen Mitglieder der Entente, da es am Friedensvertrag gebunden ist. In Italien ist man jedoch der Meinung, daß in der schroffen gegensätzlichen Stellung zwischen Frankreich und Deutschland ein Ausweg gefunden werden sollte, auf dem man zu einem Kompromiß gelangen kann. Italien will nichts unversucht lassen, in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Beharrens auf der Auslieferung aufmerksam zu machen und vermittelnd einzugreifen.

Dunkle Zeichen am Horizont.

Es ist sehr verwunderlich, daß in Deutschland die Vorgänge der großen internationalen Politik mit ziemlich geringerer Aufmerksamkeit verfolgt werden, obwohl Deutschland ebenfalls bestimmt sein wird, in nicht allzuferner Zeit sei es aktiv oder passiv, eine bedeutsame Rolle zu spielen. Die Ursache des mangelhaften Interesses liegt zweifellos darin, daß wir neugierig mit der Regierung unserer eigenen Angelegenheiten zumeist zu tun haben. Aber da die Herstellung geordneter wirtschaftlicher Zustände im Innern in höchstem Maße von dem Weltfrieden abhängig ist, die sich im fernsten Osten und höchstens des Atlantischen Ozeans abspielen, müßte unser Auge trotz allen Räten mit Spannung nachhaken werden.

Die Angelegenheiten sind zu schwerwiegend, als daß man sich ihnen an ihnen vorübergehen dürfte. Es muß ja, und gegen Japan, sondern England und Japan gegen Amerika. Durch die Gewerkschaften dieses großen Bündnisses wird zunächst die weltgeschichtliche Tatsache geschaffen, daß die Idee der Regelung aller internationalen Streitigkeiten durch den Völkervertrag abgelehnt ist und daß sie nach wie vor durch die Politik der Völkerverträge, die Koalitionen erfolgen soll, wie es in diesem Krieg der Fall war. Wir erleben, daß England, von dem das deutsche Volk mit dem Versprechen des Völkervertrages in den Abgrund gelockt wurde, nach dem Sturz dieses Weges als erstes das alte Ziel wieder zur Herrschaft bringt, um dem nun erhabenen Völkervertrags, Amerika, die Flügel zu beschneiden. Auf das gleiche Ziel geht auch die englische Politik gegen Sowjetrußland. England steht zur militärischen Durchsetzung des russischen Reiches vom Westen an, Japan vom Osten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sogar ein achtmaliges Ueberkommen zwischen beiden besteht.

Die Vereinigten Staaten haben diese Politik natürlich nicht erkannt. Sie setzen sich zur Wehr, nicht durch militärische Mittel, sondern durch den Druck ihrer riesenhaft erweiterten Wirtschaftsmacht. Zunächst verweigern sie Europa die notwendigen Kredite zum Wiederaufbau, indem sie mit der Gewährung von Anleihen zurückhalten. England hat die ablehnende Haltung Amerikas, die ihm schließlich schon einige Zeit hindurch gezeigert sein wird, nunmehr beantwortet, nämlich durch den Beginn des Handels mit Sowjetrußland, weiter durch die Beibehaltung der japanisch-englischen Handelsverträge. Wird sich Amerika dadurch breitschlagen lassen? Wahrscheinlich nicht. Es weiß, daß England infolge seiner großer Schwäche durch den Krieg zum Nachschub an eine unabhängige Macht, die über militärische Mittel verfügt, gezwungen ist, und da erscheint ihm das Bündnis mit Japan, weil es seine Stellung im fernsten Osten übersteht, als geboten.

Zwischen beiden Gruppen aber steht der augenblicklich noch ohnmächtige Block der mitteleuropäischen Länder, mit Deutschland als Zentrum. Jede der beiden großen Gruppen wird versuchen, diesen Block auf ihre Seite zu bringen. An sich haben die Vereinigten Staaten die größte Aussicht auf Gewinnung der zentral-europäischen Länder. Ihre Bemühungen darum sind schon heute, wenn auch unbedeutlich, erkennbar. Man denke an die hartnäckige Unterstützung der südslawischen Ansprüche, an die dem bankrotten Österreich bereits gewährte Anleihe, an die Ablehnung des Versailler Friedens im Senat, an die Verwerfung des kritischen Abkommens mit Frankreich zum Schutz der germanischen deutschen Gebiete und die Nichtbeteiligung am Auslieferungsbefehl. Wenn Deutschland zunächst keine Anleihe gewährt wird, so ist das vielleicht daran zurückzuführen, daß man das deutsche Volk durch das Fortdauern der Notlage zwingen will, die Vorteile der Leistungsunfähigkeit aus eigener Kraft zu überwinden und so innerlich zu erstarren.

Aber nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch England bemüht sich um Deutschland, wenn auch erst seit ganz kurzer Zeit. Auf der jüngsten Pacific Konferenz schienen wichtige Pläne zur Sprache gekommen zu sein. Man sprach ja von einer Neuorientierung Lloyd Georges und der Entente mit Bezug auf Deutschland. Seitdem wird schon in der englisch-französischen Presse ein etwas vorsehlicherer Ton angeblasen. Und was besonders zu bemerken ist, an den Besprechungen nahm der japanische Botschafter teil. Der amerikanische nahm auch teil, aber bereits ein oder zwei Tage später erschien eine Meldung, der amerikanische Botschafter habe zwar teilgenommen, jedoch nur „aus Entgegenkommen“, da tatsächlich die Vereinigten Staaten nicht vertreten sein könnten, bevor der Friedensvertrag von ihnen ratifiziert sei. Man denke nach, welche Bedeutung diesem Moment beizumessen.

Es ist nicht zu bezweifeln, in der hohen, ganz hohen Politik bereiten sich wichtige Dinge vor. Niemand weiß, wohin sie führen können und werden, und wann sie kommen. Aber es gilt, auf der Hut zu sein, für niemand mehr als für Deutschland, dem sich vielleicht über lang oder kurz Gelegenheit bietet, tätig oder untätig die Würde vor Versailles abzuwerfen. Will man in Berlin die Augen offen?

Deutsches Reich

Berlin. (Die drohende Wirtschaftskatastrophe.)

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte sich in einer Entschlüsselung gegen die Maßnahmen gewandt, welche von der Reichsregierung auf Grund des Ausnahmezustandes angeordnet werden mußten. Auf die Vorstellungen der Gewerkschaftskommission hat der Reichskanzler geantwortet, daß ein Notfall vorliege, welcher die Reichsregierung vor die Wahl stelle, entweder solche Ausnahmemaßnahmen zu erlassen und anzuwenden oder das ganze Volk von 60 Millionen einer Katastrophe preiszugeben. Der Reichskanzler hat in seiner Antwort weiter darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Katastrophe nicht vor der Tür stehe. Bei einem Versagen des Eisenbahnverkehrs und der Kohlenversorgung würden sofort fühlbare Folgen wie die Kohlennot großer Städte, Stilllegung der Industrie, Arbeitslosigkeit usw. eintreten. Nicht minder gefährlich seien auch die schweren künftigen Folgen. In den letzteren gehöre die von allen Sachverständigen festgestellte Tatsache, daß im nächsten Jahre eine große Missernte eintrete, wenn nicht das Land noch vor Frühlingsbestellung ausreichend Kunstdünger erhalte. Hierzu müsse die Düngemittelindustrie (Kalk-, Stickstoff- und Phosphatwerke) sofort ausreichend mit Kohlen versorgt werden. Der Reichskanzler wendet sich sodann gegen jene unverantwortlichen Agitatoren, welche die Katastrophe als Mittel zum Zweck wollen. Ein solches Treiben könne die Regierung im Interesse der Gesamtheit nicht dulden, und es blieben deshalb nur Ausnahmemaßnahmen übrig.

(Keine Höchstpreise für Lebensmittel.) Der „Täglichen Rundschau“ zufolge steht bereits fest, daß für die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel im kommenden Jahre keine Höchstpreise festgelegt werden, sondern daß man zu dem System der Mindestpreise übergehen werde. Nach der „Voss. Zig.“ wird die Zwangswirtschaft teilweise abgebaut. Die jetzt geplanten Preise sollen nur für die auszubringenden Pflichtmengen gelten. Darüber hinaus werde dem Landwirt für seine Erzeugnisse freie Verfügung eingeräumt. Eine amtliche Befestigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

(Die Anteile der Gemeinden und Länder von den Einkommensteuern.) Auf Bitten der preussischen Regierung wurde im Steuerausschuß der Nationalversammlung der § 16 des Landessteuergesetzes geändert. Im Einverständnis mit Reichsfinanzminister Erzberger wurde ein neuer demokratischer Antrag angenommen, wonach § 16 lautet: Die Länder und Gemeinden werden an dem Ertrag der Reichseinkommensteuer mit zwei Dritteln des Aufkommens beteiligt. Von den Steuern, welche das Reich an Stelle der allgemeinen Einkommensteuer von nichtlohnfähigen Personen erlangen, erhalten die Länder und Gemeinden die Hälfte.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Gallberg, 7. Februar.

— Eine öffentliche politische Versammlung veranstaltet nächsten Donnerstag, den 12. d. M. Die Ortsgruppe Lichtenstein-Gallberg der Deutschen Demokratischen Partei im Soldaten Helm. Im Anschluß an den Vortrag findet freie Aussprache statt.

— 50jähriges Geschäftsjubiläum. Das Vatergeschick von Emil Keller konnte am 1. Februar auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Es wurde im Jahre 1870 von Herrn Emil Keller gegründet und aus kleinen Anfängen zu einer bedeutenden Höhe geführt. Nach dem